Verhandlungsschrift

aufgenommen am Donnerstag, den 01. 10. 2015, über die
Sitzung des Gemeinderates St. Lorenz (3/2015).

Tagungsort: Vereinsheim St. Lorenz

Anwesende: Bürgermeister: Johannes Gaderer (ÖVP)
 Vizebürgermeister: Karl Nußbaumer (ÖVP)
 Gemeindevorstand: Ing. Anton Ebner (ÖVP)
 Matthias Putz (ÖVP) – entschuldigt ferngeblieben
 Karl Eder (ÖVP)
 Alexandra Nilsson (SPÖ)
 Klaus Brajkovic (FPÖ)
 Gemeinderat: Margit Humer, MA (ÖVP) – entschuldigt ferngeblieben
 DI Christian Lidl (ÖVP)
 Mag. Ulrich Humer (ÖVP) - entschuldigt ferngeblieben
 Ing. Wolfgang Schachl (ÖVP)
 Wolfgang Strobl (ÖVP) - entschuldigt ferngeblieben
 Mag. Wilma Birglechner (ÖVP) – entschuldigt ferngeblieben
 Matthias Widlroither (ÖVP)
 Friedrich Pöllmann (ÖVP) - entschuldigt ferngeblieben
 Andreas Hammerl (ÖVP)
 Anneliese Gimpl (ÖVP)
 Herbert Kaltenbrunner-Hierl-Lanner (ÖVP)
 Mag. Albert Hollweger (ÖVP)
 Josef Schachl (ÖVP) – entschuldigt ferngeblieben
 Sylvia Teske (SPÖ)
 Lars Crister Nilsson (SPÖ)
 Siegfried Gstöttner (SPÖ) - entschuldigt ferngeblieben
 Gernot Palten (FPÖ)
 Matthias Stabauer (FPÖ)
Ersatzmitglieder: ÖVP: Friedrich Stabauer, Andreas Ritter, Franz Wistauder, Josef
 Schruckmayr, Georg Schafleitner
SPÖ: Rudolf Stabauer

Anwesende: 23 (16 ÖVP, 4 SPÖ, 3 FPÖ)

Zuhörer: ca. 15 Personen

Beginn: 19.00 Uhr

Der Bürgermeister begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Einladung zu dieser Sitzung an alle Mitglieder des Gemeinderates unter Bekanntgabe der Tagesordnung ergangen ist,
- b) die Abhaltung der Sitzung an der Amtstafel des Gemeindeamtes ordnungsgemäß kundgemacht wurde,
- c) die Verhandlungsschrift der Gemeinderatssitzung vom 25. 06. 2015, Nr. 2/2015, während der Sitzung zur Einsicht aufliegt und Einwendungen bis Sitzungsschluss eingebracht werden können,
- d) die Beschlussfähigkeit gegeben ist,
- e) zum Schriftführer dieser Sitzung Amtsleiter Koloman Meindl bestimmt wird,
- f) seitens der ÖVP-Fraktion Bgm. Johannes Gaderer, von der SPÖ-Fraktion GR Lars Christer Nilsson und von Seiten der FPÖ-Fraktion GV Nikolaus Brajkovic als Protokollfertiger der heutigen Gemeinderatssitzung namhaft gemacht werden.

Tagesordnung

- 1) a) **Beschlussfassung des Dienstbarkeitsvertrages der h2 Rechtsanwälte aus Vöcklabruck betreffend die Erschließung des Gstk. 1220/132, KG St. Lorenz, b) Beschlussfassung des Kaufvertrages der h2 Rechtsanwälte betreffend die Veräußerung des Gstk. 1220/132, KG St. Lorenz (ehemaliges KIGA-Areal) und der Vereinbarung der h2 Rechtsanwälte aus Vöcklabruck zwischen der Gemeinde und Frau Mag. Nicolette Waechter betreffend die Rückübereignung des Gstk. 1220/134 und die Aufteilung des Verkaufserlöses hinsichtlich Gstk. 1220/132**

Der Bürgermeister berichtet:

Zu a)

Mit dem gegenständlichen Dienstbarkeitsvertrag wird zu Gunsten des gemeindeeigenen Grundstückes 1220/132 (ehemaliger Standort KIGA) ein Geh- und Fahrrecht mit einer Breite von ca. 6 m und die Berechtigung zur Herstellung div. Leitungen auf der Wegfläche sichergestellt. Von der Dienstbarkeit betroffen sind die Grundstücke 1220/85 - (außerbücherliche Eigentümerin: FG Projekt-errichtungsgesmbH. aus Mondsee, grundbücherlicher Eigentümer: Peter Graf v. Almeida) und 1220/133 (Eigentümer: DI David Ebner). Damit ist es möglich, das Grundstück von Norden her infrastrukturell zu erschließen. Die Kosten der Wegherstellung werden anteilmäßig aufgeteilt.

Zu b)

Kaufvertrag: Im Zusammenhang mit der bekannten Rückforderung der Grundstücke 1220/132 und 1220/134 (ehemaliger Kindergartenstandort) durch die Geschenkgeberin, Mag. Nicolette Waechter, konnte nunmehr nachstehender Vergleich ausgearbeitet werden:

Vorgesehen ist der Verkauf des gemeindeeigenen Grundstückes 1220/132 im Ausmaß von 4.961 m² an die OCS Bauprojektierungs- und VertriebsgmbH, P 2 GmbH, und W&H Projektierungs-GmbH, jeweils in Dritteigentum. Der Kaufpreis beträgt € 992.200,--. Der Kaufvertrag ist von der rechtswirksamen Widmung des Kaufgrundstückes als Wohngebiet abhängig (dzt. Sondergebiet des Baulandes Kindergarten). Mit dem Rechtswirksamwerden der Widmung ist der Kaufpreis der Gemeinde auszubehalten.

Sämtliche mit der Errichtung und Verbücherung des Kaufvertrages anfallenden Kosten, Gebühren, Steuern und Abgaben aller Art werden von den Käufern zu je gleichen Teilen übernommen. Die Kosten rechtsfreundlicher Vertretung werden von jeder Partei selbst getragen.

Vereinbarung Gemeinde St. Lorenz / Mag. Nicolette Waechter:

Diese sieht vor: Das Grundstück 1220/134 im Ausmaß von 238 m² (Gstk. für ehemalige Zufahrt zum KIGA vor dem Haus Hofbauer) wird an Frau Mag. Waechter unentgeltlich rückübereignet. Die Kosten dafür trägt Frau Mag. Waechter.

Der Verkaufserlös des Gstk. 1220/132 wird aufgeteilt und zwar 51% Gemeinde St. Lorenz, 49 % Frau Mag. N. Waechter. Nach Abzug der Immobilienertragssteuer verbleiben der Gemeinde somit € 445.376,21 und Frau Mag. Waechter € 427.910,48. Allfällige weitere Kosten und Steuern (z. B. im Falle einer Finanzprüfung) werden wie vereinbart aufgeteilt.

Künftig hin verzichten alle Parteien auf Ansprüche, egal aus welchem Rechtsgrund immer.

Gemeinderat Mag. Albert Hollweger stellt den Antrag,

- a) den Dienstbarkeitsvertrag der h2 Rechtsanwälte aus Vöcklabruck betreffend die Erschließung des Gstk. 1220/132, KG St. Lorenz, und
- b) den Kaufvertrag der h2 Rechtsanwälte betreffend die Veräußerung des Gstk. 1220/132, KG St. Lorenz (ehemaliges KIGA-Areal), und die Vereinbarung der h2 Rechtsanwälte aus Vöcklabruck zwischen der Gemeinde und Frau Mag. Nicolette Waechter betreffend die Rückübereignung des Gstk. 1220/134 und die Aufteilung des Verkaufserlöses hinsichtlich Gstk. 1220/132 zu genehmigen.

Beschluss: einstimmig

(Beilagen: Dienstbarkeitsvertrag, Kaufvertrag, Vereinbarung)

2) Beschlussfassung von Flächenwidmungsplanänderungen; a) Nr. 3.121, ehemaliger Standort KIGA St. Lorenz (Gstk. 1220/132) b) Nr. 3.120, Antragsteller: DI David Ebner (Gstk. 1220/133)

Bürgermeister Gaderer erläutert wie folgt:

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.121:

Das betroffene Gstk. 1220/132 - Eigentümer Gemeinde St. Lorenz – ist rechtswirksam als Sondergebiet des Baulandes Kindergarten gewidmet.

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.120:

Das betroffene Gstk. 1220/133 – Eigentümer DI David Ebner – ist rechtswirksam als Sondergebiet des Baulandes Forschungsgebiet gewidmet.

Beide Grundstücke sollen nunmehr auf Grund der bereits festgestellten **Baulandeignung** und der organischen Erweiterung des Siedlungsbereiches „Hörribach“ in **Wohngebiet** gewidmet werden. Infrastrukturell ist der Änderungsbereich optimal versorgt und in zentraler Lage.

GV Klaus Brajkovic stellt fest, dass die gegenständlichen Widmungsangelegenheiten in den Fraktionen hinreichend erörtert wurden, weshalb eine weitere Diskussion nicht mehr erforderlich sei.

Vizebürgermeister Karl Nußbaumer stellt den Antrag, die Flächenwidmungsplanänderungen Nr. 3.121 und 3.120 im Sinne des § 36 Abs. 1 Z. 2 und Abs. 2 OÖ: ROG. 1994 idgF. zu beschließen.

Beschluss: einstimmig.

3) Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.83, Kalleitner; Abgabe einer Stellungnahme zu den Versagungsgründen der Aufsichtsbehörde

Der Vorsitzende informiert:

Die Aufsichtsbehörde teilt mit Schreiben v. 15. 6. 2015 mit, dass „auf Grund der Lage der geplanten Baulandflächen im 30-jährlichen Hochwasserabflussbereich bzw. der mittlerweile durchgeführten Anschüttungen der Abt. Grund- und Trinkwasserwirtschaft neuerlich Gelegenheit zur Stellungnahme eingeräumt wurde. Entsprechend dieser Stellungnahme sind die Voraussetzungen für eine aufsichtsbehördliche Genehmigung noch nicht erfüllt. Einerseits ist die Ausführungsanzeige nicht rechtskonform erfolgt, zudem kommen nach wie vor Teile der Änderungsfläche innerhalb des HW-30-Bereiches zu liegen. Im Detail wird auf die beiliegende Stellungnahme der Abt. Oberflächen-gewässerwirtschaft v. 2. 6. 2015, die den wesentlichen Bestandteil dieser Versagungsgründe bildet, verwiesen.“

Der nunmehr vorliegende Änderungsplan Nr. 3.83 wurde nochmals auf die Forderungen des Gewässerbezirkes Gmunden abgestimmt und eine Stellungnahme von dort eingeholt. Diese lautet: „Nach der Bestätigung durch DI Skolaut, dass die Geländeaufschüttung auf Gstk. 1335/7, KG St. Lorenz, bewilligungsgemäß ausgeführt wurde, konnte die wasserrechtliche Überprüfung abgeschlossen werden. Wie in der Planbeilage v. DI Attwenger v. 9. 9. 2015 dargestellt, ist die geplante Baulandfläche auf Gstk. 1335/7, KG St. Lorenz, auf die aufgeschüttete und nunmehr außerhalb des 30-jährlichen HWA-Bereiches liegende Fläche reduziert. Aus schutzwasserbaulicher Sicht bestehen für diese Baulandänderung keine weiteren Einwände.“

Gemeinderatsersatzmitglied Friedrich Stabauer stellt fest, dass die aufsichtsbehördlichen Bedenken ausgeräumt sein müssten und stellt den Antrag, die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.83 zu beschließen.

Beschluss: einstimmig.

4) a) Beschlussfassung eines Dienstbarkeitsvertrages betreffend die Einräumung eines Geh- und Fahrtrechtes über das gemeindeeigene Grundstück 1182/1, KG St. Lorenz, Zufahrt Wohnhaus „Am Golfplatz 16“ und b) Veräußerung der Gstk. 1182/1, 1178/6, 1183, .156, je KG St. Lorenz (Bauhofareal); Genehmigung des Kaufvertrages

Bürgermeister Johannes Gaderer führt aus:

Zu a)

Im Zuge der Recherchen für den Verkauf des Bauhofgrundstückes stellte sich heraus, dass die Zufahrt über den gemeindeeigenen Grund zum Mehrfamilienwohnhaus Am Golfplatz 16 im Grundbuch nicht sichergestellt ist.

Damit Rechtssicherheit hergestellt wird, soll der nunmehr vorliegende Dienstbarkeitsvertrag zwischen der Gemeinde St. Lorenz und den Eigentümern der Nachbarliegenschaft Am Golfplatz 16 abgeschlossen und das Geh- und Fahrrecht im Grundbuch eingetragen werden.

Zu b)

In der Sitzung v. 28. 10. 2014 fasste der Gemeinderat den mehrheitlichen Beschluss, das Areal (Gesamtfläche 2.096 m²) im Bereich des Bauhofes zu veräußern. Der Verkauf wurde im Nachrichtenblatt Folge 1/April 2015 und der Homepage entsprechend kundgemacht.

Es liegen Angebote von nachstehenden Anbietern vor:

Bauzone GmbH. aus Mondsee, Stabauer Franz, Am Golfplatz 2, Hemetsberger Christian und Christina Majovsky aus Tiefgraben und Maier Ralph und Sandtner Ursula, St. Lorenz.

In der Folge verliert er die Angebotssummen.

Die Liegenschaft „Weberhäusl“ soll auf Grund der zuletzt geführten Verhandlungen dem Nachbarn Franz Stabauer (vulgo Buchinger) veräußert werden, weil dadurch sichergestellt ist, dass der Bauhof in Folge Einräumung eines Nutzungsrechtes bis 31. 12. 2020 der Gemeinde zur Verfügung steht. Die Instandhaltung sowie die Betriebskosten sind bis dahin Angelegenheit der Gemeinde. Auch die Altstoffsammelinsel kann noch bis 31. 12. 2016 wie bisher betrieben werden. Ansonsten wird das Areal mit allen Rechten und Pflichten (Geh- und Fahrrechte) übernommen. Der Kaufpreis beträgt € 425.000,--. Lt. Stabauer erfolgt der Kauf im Zusammenhang mit dem unmittelbar angrenzenden und in seinem Eigentum stehenden Golfplatz.

GR Anneliese Gimpl spricht sich gegen den Verkauf des Bauhofes aus und plädiert für eine Teilung des Areals. Damit müsse man nicht wieder neue Flächen kaufen und widmen. GR Matthias Widloither sagt, er habe mit den Bauhofmitarbeitern gesprochen, die ihm versichert hätten, dass der dzt. Standort ideal und ausbaufähig wäre, weshalb er ebenfalls gegen den Verkauf sei.

Nach Ansicht von Gemeinderatsersatzmitglied Josef Schruckmayr sei es immer schon Ziel, den schon bestehenden Standort des Bauhofes bei der FF Keuschen auszubauen. Er hofft, dass in den nächsten fünf Jahren der vollständige Ausbau gelingen werde.

Straßenausschussobmann GV Karl Eder vertritt die Meinung, dass durch die Einräumung des fünfjährigen Nutzungsrechtes ausreichend Zeit für eine durchdachte Lösung für den Bauhof bei der FF Keuschen verbleibe, weshalb er dem Verkauf zustimmen könne.

Er stellt den Antrag, den Dienstbarkeitsvertrag (Beilage) betreffend die Einräumung eines Geh- und Fahrrechtes über das gemeindeeigene Grundstück 1182/1, KG St. Lorenz, Zufahrt Wohnhaus „Am Golfplatz 16“ zu beschließen.

Beschluss: einstimmig.

Des Weiteren beantragt er, der Gemeinderat möge der Veräußerung der Gstk. 1182/1, 1178/6, 1183, .156, je KG St. Lorenz (Bauhofareal), gemäß dem vorliegenden Kaufvertrag (Beilage) die Zustimmung erteilen.

Beschluss: mehrheitlich, Gegenstimmen: GR Anneliese Gimpl und GR Matthias Widloither

5) Gehweg Höribachhof; Beschlussfassung über die Errichtung, die Finanzierung und die Vergabe der Arbeiten

Bürgermeister Johannes Gaderer bringt in Erinnerung, dass in der GR-Sitzung v. 25. 6. 2015 Rechtssicherheit zur Herstellung des gegenständlichen Gehweges geschaffen werden konnte. Nunmehr soll noch vor dem Winter der Gehweg realisiert werden.

Die Kosten zur Herstellung betragen lt. Anbot der Fa. Hofmann aus Redlham € 58.691,54. Da im Voranschlag für die Maßnahme keine Mittel enthalten sind, wird vorgeschlagen, die Finanzierung aus dem Verkaufserlös für das Gstk. 1220/132 (ehem. KIGA Standort) und den zu erwartenden Landeszuschüssen in Höhe von € 15.000,-- (siehe Schreiben LH-Stv. Franz Hiesl) zu bewerkstelligen.

GV Alexandra Nilsson erkundigt sich, ob es noch weitere Angebote gebe? Sie ist der Ansicht, dass mind. zwei Angebote vorliegen müssen, um eine Entscheidung herbeizuführen. **Sie stellt den Antrag weitere Angebote einzuholen.** Bürgermeister Gaderer antwortet, dass es eine Kostenschätzung des Wegerhaltungsverbandes Alpenvorland gebe; der WEV geht von Kosten in Höhe von € 54.000,-- aus.

Gemeinderatsersatzmitglied Josef Schruckmayr weist darauf hin, dass es durch die Einholung von zusätzlichen Angeboten zu Verzögerungen kommen werde, die es unmöglich machen, den Gehweg noch vor dem Winter herzustellen.

Bürgermeister Gaderer lässt über den Antrag von Frau GV Alexandra Nilsson abstimmen.

Der Antrag wird mit 16 bei 7 Gegenstimmen (Bürgermeister Gaderer, Vizebürgermeister Karl Nussbaumer, GV Ing. Anton Ebner, GV Karl Eder, GR Andreas Ritter, GR-Ersatzmitglied Josef Schruckmayr, GR-Ersatzmitglied Georg Schafleitner) angenommen, sodass eine Neuausschreibung zu erfolgen hat.

6) Entscheidung über die Berufung der Nachbarin Christiane Demmel-Rohde, vertreten RA MMag. Hermann Bogensperger, Sbg., gegen die Baubewilligung zur Errichtung eines Wohnhauses mit Garage auf dem Grundstück 1443/24, KG St. Lorenz, Bau L 2015/030 (Bauwerber: Andreas und Sandra Wimmer, Sierning);

Bürgermeister Johannes Gaderer erklärt sich als Baubehörde I. Instanz in der gegenständlichen Angelegenheit für befähigt und übergibt den Vorsitz an Vizebürgermeister Karl Nussbaumer.

Er führt zum Gegenstand aus:

Mit Datum vom 27. 05. 2015, eingel. am 01. 06. 2015, haben Hr. u. Fr. Andreas und Sandra Wimmer, Dachhügelstraße 14, 4522 Sierning, um die Erteilung der Baubewilligung für die Errichtung eines Wohnhauses auf dem Gstk. 1443/24, KG St. Lorenz, angesucht.

Für den 29. 06. 2015 beraumte man eine Bauverhandlung an Ort und Stelle an. Vor dieser Bauverhandlung gingen bereits Einwendungen der Nachbarin Christiane Demmel-Rohde, Höribachstraße 4b, 5310 St. Lorenz (siehe Schreiben vom 22. 06. 2015, eingel. 23. 06. 2015) bei der Gemeinde ein. Bei der Bauverhandlung am 29. 06. 2015 beantragen die Bauwerber Planänderungen (Änderung der Höhe, Entfall der Gaupe).

In der Folge erteilte die Baubehörde I. Instanz mit Baubescheid vom 29. 07. 2015, Zl. Bau L 2015/030, Herrn Andreas und Frau Sandra Wimmer, Dachhügelstraße 14, 4522 Sierning, die Baubewilligung zur Errichtung eines Wohnhauses samt Garage auf dem Gstk. 1443/24, KG St. Lorenz.

Gegen diesen Baubescheid erhob die Nachbarin Christiane Demmel-Rohde, vertr. d. RA MMag. Hermann Bogensperger, Mühlbacherhofweg 4/1, 5010 Salzburg, mit Datum vom 13. 08. 2015 eingel. 14. 08. 2015, rechtzeitig Berufung.

Die Berufung wurde kurz gefasst wie folgt begründet und beantragt, die Baubewilligung zu versagen bzw. an die Behörde I. Instanz zurückzuverweisen:

1. Das Recht auf Parteiengehör werde verletzt, weshalb ein Verfahrensfehler vorliege.
2. Das geplante Bauvorhaben fügt sich nicht in das Orts- und Landschaftsbild (Kubatur und Gebäudehöhe) und widerspricht den raumordnungsrechtlichen Vorschriften. Das vom bautechnischen Sachverständigen vorliegende Gutachten, mit dem die Einfügung in das Orts- und Landschaftsbild festgestellt wird, ist unzureichend.
3. Die in der OÖ. BauO normierten Abstandsbestimmungen werden nicht eingehalten. Die Seitenlängen der Garage und der geplanten Stützmauer im Bauwisch zur Beschwerdeführerin beträgt mehr als 15 Meter.
4. Die Mauer an der Grundgrenze im Bereich des geplanten Pools stellt eine baubewilligungspflichtige Maßnahme dar, die Zustimmung der Beschwerdeführerin fehlt dazu.

Aus baubehördlicher Sicht ist nach nochmaliger Wahrung des Parteiengehörs (siehe Schreiben der Gemeinde v. 25. 8. 2015) und unter Zugrundelegung der Feststellungen des bautechnischen Amtssachverständigen die Baubewilligung von der Baubehörde II. Instanz zu erteilen, weil alle baurechtlich relevanten Vorschriften eingehalten werden.

Zu 1:

Das Parteiengehör wurde hinreichend gewahrt, der geltend gemachte Verfahrensmangel geht ins Leere.

Zu 2:

Das geplante Vorhaben ist lt. Amtssachverständigen mit der rechtswirksamen Widmung im Einklang. Die Einfügung des Vorhabens in das Orts- und Landschaftsbild ist von der Baubehörde zu beurteilen,

die auch vom Sachverständigen festgestellt wurde. Ein baurechtliches Nachbarrecht ist in diesem Zusammenhang nicht verletzt, weil die Beurteilung der Einfügung ins Orts- und Landschaftsbild die Baubehörde vorzunehmen hat.

Zu 3:

Mit der Rechtsauskunft des Amtes der OÖ. Landesregierung v. 9. 12. 2014 ist klargestellt, dass die 15 m Seitenlängenbeschränkung zum Nachbarn hin nur auf Nebengebäude, **also nicht auf Einfriedungsmauern**, anzuwenden ist.

Zu 4:

Die Errichtung einer Einfriedungsmauer mit mehr als 1,5 m Höhe ist baubehördlich anzeigepflichtig; bei baubehördlich anzeigepflichtigen Vorhaben hat der Nachbar keine Parteistellung bzw. kein Nachbarrecht.

In der Folge stellt GR Andreas Hammerl den Antrag, auf Grund des maßgeblichen Sachverhaltes und der baurechtlichen Rechtsvorschriften der Berufung vom 13. 08. 2015 nicht stattzugeben und den Bescheid der Baubehörde II. Instanz zu beschließen (Beilage).

Beschluss: einstimmig

Bürgermeister Johannes Gaderer übernimmt wieder den Vorsitz von Vizebgm. Karl Nußbaumer.

7) Genehmigung des Gestattungsvertrages zw. dem Land OÖ (Landesstraßenverwaltung) und der Gemeinde St. Lorenz, für den Umbau der bestehenden Busbucht durch die Errichtung einer Linksabbiegespur und die Regelung des Ersatzes von Mehrkosten im Sinne des § 16 OÖ. Straßengesetz

Der Vorsitzende informiert, dass durch die Verbreiterung der Brücke über den Höribach und den Neubau der Kindergartenzufahrt die Verbreiterung des Linksabbiegers und der Busbucht an der Thalgau Landesstraße L 539 notwendig ist.

Der Gemeinde liegt nunmehr der gemäß dem OÖ. Straßengesetz erforderliche Gestattungsvertrag zur Beschlussfassung vor. Mit dem Gestattungsvertrag verpflichtet sich die Gemeinde u. a. die Anlagen unter Auflagen und auf ihre Kosten zu errichten und zu erhalten.

GR Andreas Hammerl stellt den Antrag, den Gestattungsvertrag, Zl. StM-MS-106-L539-2015-Asc – Anschluss Verkehrsfläche der Gemeinde an die L 539 Thalgau Landesstraße bei km 17,100 bis 17,210 re. i.S. der Km. – zu genehmigen (Beilage).

Beschluss: einstimmig.

8) Beschlussfassung über die Vergabe und Finanzierung der Straßenbauarbeiten für die Zufahrt zum Kindergarten und dem altersgerechten Wohnen

Bürgermeister Gaderer berichtet, es habe sich herausgestellt, dass die Herstellung der Brücke und Zufahrt zum Kindergarten bzw. Altersgerechten Wohnen nicht im Rahmen der Finanzierung des KIGA und des AGW durchgeführt werden kann. Die Finanzierung erfolgt daher nicht über die GSG, sondern über die Gemeinde, die dadurch auch als Auftraggeber der Baumaßnahmen auftritt.

Die Ausschreibungen und Verhandlungen der erwähnten Baumaßnahmen haben als Bestbieter die Fa. Teerag-Asdag AG, NL Salzburg, mit einem Preis von brutto € 249.960,-- gebracht.

Es gab noch vier weitere Anbieter: Kieninger, Swietelsky, Hofmann, Strabag.

Die Finanzierung erfolgt über die Einnahmen aus dem Verkaufserlös für das Gstk. 1220/132, da im VA 2015 keine Mittel vorgesehen sind. 2016 – 2018 sind je € 40.000,-- (gesamt € 120.000,--) für das Vorhaben an Landesmittel zu erwarten (Schreiben LH-Stv. Franz Hiesl v. 27. 8. 2015); schließlich kann mit Verkehrsflächenbeiträgen der Anrainer gerechnet werden.

GV Karl Eder stellt den Antrag, die Finanzierung der Baumaßnahmen wie erwähnt vorzunehmen und die Arbeiten an die Fa. Teerag Asdag AG, NL Salzburg, zum Preis von brutto € 249.960,-- zu vergeben. **Beschluss: einstimmig.**

9) Beschlussfassung einer Resolution TTIP/CETA/TISA-freie Gemeinde

Bürgermeister Gaderer führt aus, dass, wie in vielen anderen Gemeinden (z. B. Tiefgraben, Innerschwand am Mondsee und Mondsee), auch in der Gemeinde St. Lorenz über die Verabschiedung einer Resolution zur TTIP/CETA/TISA-freien Gemeinde beraten werden soll und informiert über den Resolutionstext.

GV Alexandra Nilsson spricht sich gegen die Beschlussfassung aus, weil CETA bereits in Kraft sei, das TTIP-Abkommen in Verhandlungen stehe. Im Übrigen werde Österreich in diesen Verhandlungen von der Bundesregierung vertreten, eine Resolution der Gemeinde entfalte keine rechtliche Wirkung.

GR-Ersatzmitglied Josef Schruckmayr ist der Meinung, dass mit den gegenständlichen Abkommen mit den Staaten aus Übersee die Standards in Österreich gesenkt werden, weshalb er sich deutlich für die Beschlussfassung der Resolution ausspreche.

Er stellt den Antrag, die Resolution zur TTIP/CETA/TISa-freien Gemeinde St. Lorenz zu beschließen.

Beschluss: mehrheitlich, 4 Gegenstimmen der SPÖ-Fraktion.

10) Klima- und Energie-Modellregion Mondseeland; Beteiligung

Bei der Absichtserklärung geht es um die Schaffung einer neuen Klima- u. Energiemodellregion, welche die optimale Nutzung natürlicher Ressourcen forcieren soll, erläutert der Bürgermeister. Ziel ist auch die Ausschöpfung von Energiesparpotenzial und nachhaltiges Wirtschaften.

Die erste Phase der Schaffung einer neuen Klima- u. Energiemodellregion umfasst die Erstellung eines Umsetzungskonzeptes, die Installation eines Modellregion-Managements sowie die Durchführung von mind. zehn konkreten Maßnahmen in einer zweijährigen Umsetzungsphase.

Investitionsförderungen gibt es z. B. in folgenden Bereichen:

- Photovoltaikanlagen auf öffentl. Gebäuden
- Ladestellen f. E-Fahrzeuge
- Holzheizungen in öffentl. Gebäuden
- Thermische Solaranlagen auf öffentl. Gebäuden
- Bewusstseinsbildung – (Klimaschulen)
- Mobilität

Die Förderung für die Schaffung einer KEM richtet sich nach einem Punktesystem, welches die Einwohnerzahl und Gemeindegliederzahl berücksichtigt. Im Fall des Mondseelandes beträgt die Förderung für die Schaffung der Region € 130.000,--.

Es gibt keinen direkten Zusammenhang zwischen KEM und Klimabündnisgemeinde.

Zur Kofinanzierung sind folgende Mittel erforderlich:

2016 Konzept: € 1.242,--
 2017 und 2018 Umsetzung: € 2.873,--
 2016 – 2018 gesamt somit: € 4.115,--

Bei der Kläranlage des RHV Mondsee/Irrsee ist angedacht, eine Photovoltaikanlage zu installieren, weshalb es naheliegend wäre, der Modellregion beizutreten.

GR-Ersatzmitglied Friedrich Stabauer weist darauf hin, dass im Falle des Beitritts auch Projekte realisiert werden müssen, damit man zu Förderungen komme und stellt die Frage, ob die Gemeinde das Geld dafür habe. GR Andreas Hammerl meint, man müsse zuerst den „Fuß drin“ haben und entsprechende Projekte ausarbeiten, dann zahle sich die Sache schon aus.

GR Sylvia Teske spricht sich für die Verbesserung der Mobilität und des öffentlichen Verkehrs aus (Stichworte: Taktfahrplan von Unterach bis Oberhofen, usw.). Das würde Erleichterungen für die Menschen bringen, weshalb man dafür Gelder freimachen solle.

Bürgermeister Gaderer berichtet, kürzlich habe in Mondsee eine Besprechung mit dem OÖ. Verkehrsverbund stattgefunden. Er habe beantragt, Verbesserungen des Linienbusverkehrs Richtung Scharfling bzw. umgekehrt zu erarbeiten.

GR-Ersatzmitglied Friedrich Stabauer sieht es als wesentliches Ziel in den nächsten Jahren, verstärkt Aktivitäten im Bereich erneuerbarer Energie und Energieeffizienz zu setzen. Daher sollen zur Realisierung der im Zuge der vorliegenden Bewerbung zur Klima und Energie-Modellregion definierte Maßnahmen und Ziele bestmöglich unterstützt werden.

Er stellt den Antrag auf entsprechende Beschlussfassung und Bereitstellung der erforderlichen Mittel.

Beschluss: mehrheitlich, Gegenstimme: GR Herbert Kaltenbrunner-Hierl-Lanner

11) Bericht des Bürgermeisters

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Gemeinderates für die geleistete Arbeit in der abgelaufenen Funktionsperiode zum Wohle der Allgemeinheit. Wichtige Projekte (Kindergarten, Krabbelstube, Bergrettungseinsatzzentrale, FF-Zeugstätte St. Lorenz, Feuerwehrauto St. Lorenz, etc.) konnten gemeinsam umgesetzt werden.

12) Bericht der Ausschüsse**Prüfungsausschuss - Obmann Gernot Palten:**

Die am 22. 9. 2015 durchgeführte Gebarungsprüfung ergab keine Mängel.

Bau- und Planungsausschuss - Obmann Ing. Anton Ebner:

Der BA bereitete die in der heutigen Sitzung behandelten Angelegenheiten vor.

Straßen-, Wasser- und Kanalausschuss - Obmann Karl Eder: Keine Sitzung

Kindergarten-, Schule-, Jugend-, Familienausschuss - Obmann-Stv. Herbert Kaltenbrunner: Keine Sitzung

Kultur-, Tourismus-, Sport-, Senioren- und Integrationsausschuss - Obmann-Stv. Wolfgang Schachl:

Er berichtet, dass die Gemeinde St. Lorenz wieder das 4. Adventwochenende beim Adventmarkt in Mondsee mit musikalischen Beiträgen ausrichtet.

Am 8. 12. findet das traditionelle Adventsingen in der Kirche St. Lorenz statt. Er weist auf das Konzert des Sängerbundes Mondsee hin und lädt alle herzlich ein, die Veranstaltungen zu bewerben bzw. zu besuchen.

Umweltausschuss - Obmann-Stv. Matthias Widlroither: Kein Bericht**Gesunde Gemeinde - GR Sylvia Teske:**

Die Gutscheine für die Veranstaltungen der Gesunden Gemeinde werden im Gemeindeamt, Sekretariat, ausgegeben.

EU Beauftragte GV Alexandra Nilsson:

Das alles überlagernde Thema der EU ist dzt. die Flüchtlingssituation.

Gearbeitet wird auch am „digitalen Binnenmarkt“.

Die Roaming-Gebühren sollen abgeschafft werden.

Der Ausbau des Programms Alpe-Adria wird weiter entwickelt; davon ist auch unsere Region betroffen.

Der Besuch der EU-Institutionen in Brüssel ist sehr empfehlenswert und wird auch über Förderprogramme unterstützt.

13) Allfälliges

Keine Wortmeldung.

14) Genehmigung der Verhandlungsschrift vom 25. 06. 2015

Der Bürgermeister stellt fest, dass gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift vom 25. 06. 2015 keine Einwendungen eingebracht wurden und ersucht um Genehmigung.

Beschluss: einstimmig.

15) Bürgerfragestunde**Anfrage Josef Aichriedler – Anfrage wegen Bauarbeiten im Bereich Am Höribach (Nahwärmeleitung, Brückenneubau, Zufahrt KIGA):**

Er empört sich, dass kurz vor Schul- und Kindergartenstart die Baustelle zur Verlegung der Nahwärmeleitung auf dem Gehsteig entlang der Thalgaustraße eröffnet wurde; zur Verlegung der Nahwärmeleitung hätte man auch in den Ferien Zeit gehabt. Weiters will er wissen, ob alle Leitungsträger vom Abbruch der Brücke informiert seien und die Statik über das Klärabsetzbecken

geprüft worden sei. Der bestehende Straßenzustand der neuen Kindergartenzufahrt als Ausweiche Richtung Mondsee sei zurzeit stark verbesserungswürdig.

Bgm. Gaderer versichert, dass alle Maßnahmen getroffen worden seien. Die Bewilligung zu den Bauarbeiten auf dem Gehsteig (Gemeinde Tiefgraben) wurde von der zuständigen Stellen Landesstraßenverwaltung und BH Vöcklabruck, Verkehrsabteilung, genehmigt. Seitens der Gemeinde St. Lorenz habe man darauf gedrängt, dass der Gehsteig so rasch als möglich wieder benützbar wird. Die Brücke wird am 05. 10. 2015 abgetragen, die neue wird in fünf Wochen fertig sein. Die Arbeiten werden von Fachfirmen (GSG, Büro Steinbacher & Steinbacher) ausgeführt, sodass es dzt. keinen Anlass gebe, an der technischen Ausführung zu zweifeln.

Anfrage Mag. Nicolette Waechter – Anfrage wegen Gehweg Höribachhof:

Sie plädiert für die rasche Einholung von Angeboten und einer Umsetzung noch vor dem Winter.

Bgm. Gaderer weist darauf hin, dass die Vergabe durch den GR zu erfolgen habe, der sich für die neue Funktionsperiode erst konstituieren müsse. Man werde sich aber bemühen, eine Lösung zu finden.

Anfrage Gerhard Schafleitner:

Schafleitner übt Kritik daran, dass der Gehweg Höribachhof nun offensichtlich nicht wieder vor dem Winter hergestellt werden kann.

Ende: 20.30 Uhr

Der Bürgermeister:

Der Schriftführer:

(Johannes Gaderer)

(AL Koloman Meindl)

Die noch nicht genehmigte Verhandlungsschrift wurde an die Fraktionsobleute am _____ abgeschickt. Die gegenständliche Verhandlungsschrift wurde in der Sitzung am _____ ohne Einwendungen genehmigt.

Die Protokollfertiger:

ÖVP - Bgm. Johannes Gaderer:

SPÖ - Lars Crister Nilsson:

FPÖ - Klaus Brajkovic: